



Generalsekretariat
Neuengasse 20
Postfach 6136
CH-3001 Bern
Tel: +41 (0)31 320 35 35
Fax: +41 (0)31 320 35 00
E-Mail: weber@fdp.ch
www.fdp.ch

Sperrfrist: 23. April 2007, 09.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Medienkonferenz der FDP Bern – 23. April 2007

Die gesundheitspolitische Situation im Kanton Bern

Von Grossrätin Franziska Fritschy (BE)

Seit den neunziger Jahren bestand zwischen santésuisse und den Privatspitälern ein Tarifvertrag. Die einzelnen erbrachten Leistungen wurden aufgrund festgelegter Preise verrechnet. Mit einer Zusatzversicherung (Privat, Halbprivat oder Allgemein ganze Schweiz) war die Behandlung in einem Privatspital möglich. Rund 85 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Bern hatten eine solche Zusatzversicherung. Mit dieser Lösung waren alle Betroffenen zufrieden, insbesondere auch der Kanton, da er nichts an die Behandlung von Patientinnen und Patienten in Privatspitälern zu bezahlen hatte.

Nach Inkrafttreten des neuen KVG musste ein Vertrag abgeschlossen werden, der den Tarif für die Behandlung zulasten der Grundversicherung festlegt. Es mussten neu diagnosebezogene Pauschalen vereinbart werden statt Einzelleistungen. Deshalb wurde mit santésuisse ein Belegarzt-tauglicher und für die Spitäler kostenneutraler OKP-Vertrag erarbeitet und auf den 1. Januar 2005 definitiv in Kraft gesetzt. Weil von da an die ganze Behandlung der Grundversicherung belastet wird und im Kanton Bern rund 25 Prozent der Spitalbehandlungen in Privatspitälern durchgeführt werden, erfolgte ein massiver Anstieg der Grundversicherungsprämien. Die Zusatzversicherungen haben nur noch die Mehrleistungen zu bezahlen. Leider wurden jedoch die Zusatzversicherungsprämien von den Versicherern nicht im erforderlichen Ausmass gesenkt.

Unverständlich und ärgerlich für die Bernerinnen und Berner ist vor allem, dass kein anderer Kanton dieses System kennt. Eine Folge dieses Systems ist, dass als Massnahme für tiefere Grundversicherungsprämien im Grossen Rat bereits die Forderung nach Schliessungen von Privatspitälern gestellt worden ist.

Es gibt einen weiteren Punkt, der die FDP des Kantons Bern bewogen hat, eine überkantonale Lösung anzustreben. Unser Kanton ist unförmig und hat deshalb eine sehr lange Grenze. Der Wunsch nach einer grenzüberschreitenden Spitalregion ist denn auch in vielen Regionen gross.

Was liegt nun näher, als eine Ausdehnung der Spitalregion auf die ganze Schweiz zu fordern, und zu fordern, dass die Spiesse für alle Spitäler gleich lang werden? Ein solches Anliegen muss beim Bund eingebracht werden. Deshalb war klar, dass eine entsprechende Standesinitiative initiiert werden musste.



Die medizinische Qualität soll neben den Fallkosten das entscheidende Kriterium sein. Dabei soll volle Transparenz über alle Leistungsdaten gewährt werden, so dass die Patientinnen und Patienten tatsächlich gute Grundlagen für eine freie Wahl von Spital oder Spitalabteilung haben. Statt Planwirtschaft soll der Wettbewerb in einem regulierten Binnenmarkt die künftige Spitallandschaft bestimmen. Auf einer Spitalliste sollen die Spitäler geführt werden, die bezüglich medizinischer Qualität und bezüglich Fallkosten zu den besten gehören. Eine weitere Vorgabe ist für den Kanton Bern wichtig - nämlich die, dass alle Regionen bedarfsgerecht versorgt werden.

Unsere Motion ist offen formuliert, so dass auf Bundesebene die Details noch diskutiert werden können. Wenn auch vermutlich die Kosten des Spitalwesens nicht abnehmen, so besteht doch die berechtigte Hoffnung, dass die Qualität der medizinischen stationären Akutversorgung verbessert wird, ohne dass die Kosten übermässig ansteigen.

Für einmal waren wir Bernerinnen und Berner am schnellsten: Die freisinnige Fraktion hat die Motion "Mehr Wahlfreiheit, Qualität und Kostenbewusstsein in der stationären Versorgung (Spitalbereich)" bereits am 30. Januar im Grossen Rat eingereicht, und zwar im Rahmen einer Vorstosserie "Liberale Lösungen für den Kanton Bern".